

Binnenmarkt der Interessensgruppen

Umwelt- und Konsumentenschutz laufen in der EU Wirtschaftsinteressen den Rang ab. Zu diesem Schluss kommt eine internationale Untersuchung mit Unterstützung des Wissenschaftsfonds FWF. Der Grund dafür liegt in der Legitimationssuche der europäischen Institutionen.

Brüssel steht für europäische Bürokratie, Politikelite und mächtigen Wirtschaftslobbyismus, so die landläufige Meinung. „Stimmt so nicht“, sagt Andreas Dür, Professor für Internationale Politik an der Universität Salzburg, „denn der Einfluss der klassischen Lobbyisten, der wirtschaftsnahen Gruppen, ist in Brüssel weit geringer als angenommen.“

Das überrascht, doch Dür erklärt: „Die Daten sind plausibel. Wir haben erstmals in einem internationalen Team systematisch Daten zu 70 Gesetzesvorschlägen der Europäischen Kommission sowie zu mehr als 1.000 Interessensgruppen zusammengetragen und untersucht.“ Was es bisher an Arbeiten zu diesem Themenkomplex gab, das waren Fallstudien. Mit dem vom Wissenschaftsfonds FWF geförderten Projekt „Der Einfluss von Interessensgruppen in der EU ([INTEREURO](#))“ liegt erstmals eine umfassende Erhebung des emotional besetzten Themas vor, und die Resultate sind eindeutig.

Überschätzter Einfluss

„Wir haben Präferenzen der Interessensgruppen erhoben, also zum Beispiel untersucht, ob eine Gruppe die Einführung einer EU-weiten Verordnung zu Busfahrgastrechten unterstützt, und haben diese mit dem Ergebnis des Gesetzgebungsverfahrens verglichen“, führt Dür aus. Dabei hat das Forscherteam festgestellt, dass die Wirtschaftsgruppen bei ihrem Versuch, die Entscheidungsfindung in der EU zu beeinflussen, weit weniger erfolgreich sind, als erwartet wurde. Sie seien sogar weniger erfolgreich als zivilgesellschaftliche Gruppen, die breite Interessen wie Umwelt- oder Konsumentenschutz verfolgen.

Das hat laut Dür seine Gründe in der gegenwärtigen Phase der europäischen Integration. „Bis in die 90er-Jahre ging es innerhalb der Gemeinschaft vorrangig um die Etablierung des Binnenmarktes. Dieses Ziel hatte absolute Priorität. Jetzt ist es erreicht.“ Womit sich für Institutionen wie die Kommission aber auch das Parlament die Frage stelle, woraus sie weiterhin Autorität beziehen können. Nationale Regierungen können zu diesem Zweck Gelder umverteilen, diese Möglichkeit steht der EU-Kommission und dem Parlament nur sehr eingeschränkt zur Verfügung. Ihr Ansatz ist es daher, auf spürbare Bereiche wie den Umweltschutz oder Verbraucherschutz zu fokussieren.

Regulierungsmöglichkeiten

„Nehmen wir das Beispiel der Abschaffung der Roaming-Gebühren“, so Dür. „Da gab und gibt es massiven Widerstand seitens der Telekommunikationskonzerne. Und auch wenn dieser Widerstand den Prozess gebremst und verzögert hat, er hat ihn im Endeffekt nicht gestoppt.“ – Ein geradezu klassisches Beispiel, in dem die EU-Kommission sich auf Seiten der Konsumentinnen und Konsumenten stellte. Das sei kein Einzelfall, betont Dür, ähnlich verhalte es sich mit den Themen Finanzdienstleistungen oder Datenschutz. „Das sind Bereiche, in denen die Institution beweisen kann, dass sie einen Sinn und einen Zweck hat: Sie ist konsumentenfreundlich, umweltfreundlich und weitet gleichzeitig ihre Regulierungsmöglichkeiten aus.“

Lobbying mit Emotion

Ihre gleichsam natürlichen Verbündeten sind dabei nun Verbraucherschutzorganisationen und Umweltschutzorganisationen. Jene Interessensgruppen, die als klassische Gegenspieler der wirtschaftsnahen Lobbys gelten, die dabei doch selbst nichts anderes als Lobbyisten sind. „Es mobilisieren diese Interessensgruppen auch anders als die wirtschaftsnahen. Sie setzen durchaus auf Emotion, sie treten als Opposition auf, sie lancieren Kampagnen in der Öffentlichkeit, wie im Zusammenhang mit ACTA, TTIP und CETA.“ Ist Brüssel gar ein verkappter Hort der Zivilgesellschaft und der NGOs? „Ganz und gar nicht“, erläutert Dür. Die Wirtschaftsinteressen seien in Brüssel immer noch sehr viel präsenter als alle anderen. Aber sie seien nicht mehr unbedingt die erfolgreicheren. Sie würden sich vielmehr einer sehr erfolgreichen Konkurrenz gegenüber sehen.

Aus all dem erwächst laut dem Politikwissenschaftler etwas Neues. „Was wir im Ergebnis sehen, ist eine Politisierung der Europäischen Union. Wir erleben den Widerstreit der Interessen deutlicher als zuvor.“ Was es nun noch braucht, das wäre ein verpflichtendes Lobbyingregister wie in den USA. Debattiert wird es, umgesetzt ist es noch nicht. Das wäre auch für die Wirtschaftsgruppen gut, denn sie könnten damit klar darlegen, was sie erreichen – und was nicht. Es wäre ein Schritt zu mehr Transparenz, so die Expertenmeinung.

Zur Person

[Andreas Dür](#) ist Professor für Internationale Politik am [Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie](#) der Universität Salzburg. Er promovierte am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz und forschte am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung sowie am University College Dublin. Dür leitete zwischen 2011 und 2016 das internationale Projekt „Der Einfluss von Interessensgruppen in der EU (INTEREURO)“.

Publikationen

Dür, Andreas, Patrick Bernhagen, and David Marshall: [„Interest Group Success in the European Union: When \(and Why\) Does Business Lose?“](#), in: *Comparative Political Studies* 48(8): 951–83, 2015 (pdf)

Bernhagen, Patrick, Andreas Dür, and David Marshall: [„Information or Context: What Accounts for Positional Proximity between the European Commission and Lobbyists?“](#), in: *Journal of European Public Policy* 22(4): 570–87, 2015 (pdf)

Bernhagen, Patrick, Andreas Dür, and David Marshall: [„Measuring Interest Group Success Spatially“](#), in: *Interest Groups & Advocacy* 3(2): 202–18, 2014 (pdf)

Beyers, Jan, Andreas Dür, David Marshall, and Arndt Wonka: [„Policy-Centred Sampling in Interest Group Research: Lessons from the Intereuro Project“](#), in: *Interest Groups & Advocacy* 3(2): 160–73, 2014 (pdf)

Dür, Andreas: [„How Interest Groups Influence Public Opinion: Arguments Matter More than the Sources“](#), Unpublished paper (in Begutachtung), 2017 (pdf)

Dür, Andreas, David Marshall, and Patrick Bernhagen: “The Political Influence of Business in the European Union”, Book manuscript. (in Begutachtung), 2017

Link zur Einleitung: https://sites.google.com/site/andduer/DBM_Introduction_7Nov16.pdf

Bild und Text ab Montag, 24. April 2017 ab 9.00 Uhr MEZ verfügbar unter: <http://scilog.fwf.ac.at>

Wissenschaftlicher Kontakt

Andreas Dür
Professor für Internationale Politik
Universität Salzburg
Rudolfskai 42

Der Wissenschaftsfonds FWF

Ingrid Ladner
Haus der Forschung
Sensengasse 1
1090 Wien

Versand

PR&D – Public Relations für
Forschung & Bildung
Mariannengasse 8
1090 Wien

5020 Salzburg
T +43 / 662/ 8044-6619
E andreas.duer@sbg.ac.at
W <https://www.uni-salzburg.at>

T +43 / 1 / 505 67 40 - 8117
E ingrid.ladner@fwf.ac.at
W <http://scilog.fwf.ac.at>
W <http://www.fwf.ac.at>

T +43 / 1 / 505 70 44
E contact@prd.at
W <http://www.prd.at>